

Minarett-Initiative: anti-liberal und schädlich

Die Volksinitiative «Gegen den Bau von Minaretten» (Minarett-Initiative) verlangt, dass der Bau von Minaretten in der Schweiz verboten wird. Artikel 72 der Bundesverfassung, in welchem das Verhältnis zwischen Religion und Staat geregelt wird, soll um den folgenden Wortlaut ergänzt werden: «Der Bau von Minaretten ist verboten.»

Guter Ruf der Schweiz steht auf dem Spiel

Traditionell ist unser Land nicht nur politisch, sondern auch konfessionell neutral. Die Minarett-Initiative steht nicht im Einklang mit liberalen Schweizer Werten. Im Ausland stösst die Initiative auf Unverständnis und bringt den guten Ruf der Schweiz in Gefahr. Ein Minarett-Verbot dient

nicht dem Landesfrieden: Statt die Integration der muslimischen Bevölkerung zu fördern, schürt es religiöse Spannungen. Zudem ist die Initiative unnötig: Der Bau von Minaretten untersteht schweizerischem Baurecht. Dieses bestimmt situativ, ob ein Minarett gebaut werden darf. Bedenken über Lärmimmissionen und Ruhestörungen sind deshalb unbegründet.

Negative Folgen für die Aussenwirtschaft

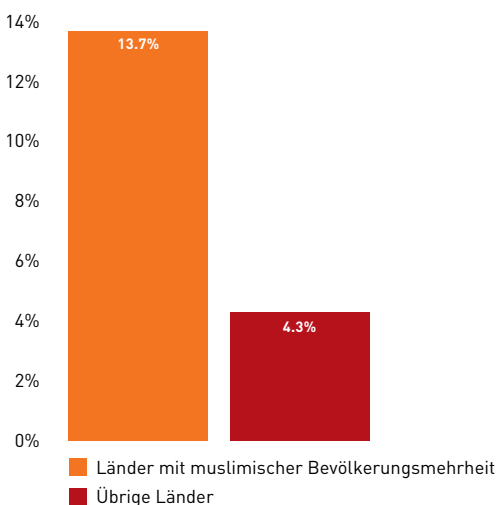
Die Schweiz ist eine Exportnation. Gemäss dem Staatssekretariat für Wirtschaft (SECO) exportierten Schweizer Unternehmen im Jahr 2008 Waren im Wert von 14,5 Mrd. Franken in Länder mit einer muslimischen Bevölkerungsmehrheit. Das entspricht einem

Anteil von rund 7 Prozent an den Gesamtexporten der Schweiz. Ein Minarett-Verbot birgt Risiken für unsere Aussenwirtschaft. Sollte die Initiative angenommen werden, könnten muslimische Länder Schweizer Produkte und Firmen boykottieren. Die Marke «Swiss Made» könnte dauerhaften Schaden nehmen. Arbeitsplätze in der Schweiz würden wegfallen.

Unsere Position

► Demokratie, Offenheit und Toleranz gegenüber Minderheiten haben in der Schweiz Tradition. Die Minarett-Initiative widerspricht dem Geist der Toleranz. Das schadet unserem liberalen Wirtschaftsstandort. Ausserdem ist die Initiative unnötig, da auch der Bau von Minaretten dem schweizerischen Baurecht untersteht. Die Erfahrungen der letzten Jahre zeigen, dass grossangelegte Bauprojekte von Minaretten kaum die Chance haben, bewilligt zu werden. Nicht zuletzt sind islamische Länder wichtig für den Schweizer Aussenhandel und Tourismus. Boykotte gegen Schweizer Produkte und Firmen könnten die Schweiz Milliarden kosten und Arbeitsplätze vernichten. Das ist nicht akzeptabel. economiessuisse lehnt die Initiative deshalb deutlich ab.

Exporte in muslimische Länder werden für die Schweiz immer wichtiger Exportwachstum islamische und nicht islamische Länder, in Prozent (2008)



Quelle: SECO.

Rückfragen

urs.rellstab@economieuisse.ch

Weiterführende Dokumentation

«Minarett-Initiative: anti-liberal und schädlich», dossierpolitik 25, 19.10.2009

«Minarett-Initiative: anti-liberal und schädlich», Foliensatz, 19.10.2009